

Studium und Praxis

# Europäisches Gesellschaftsrecht

Einführung für Studium und Praxis

von

Prof. Dr. Mathias Habersack, Prof. Dr. Dirk A. Verse

Geboren 1960; Professor für Bürgerliches Recht, Handels- und Wirtschaftsrecht, Rechtsvergleichung an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen.

4. Auflage

Europäisches Gesellschaftsrecht – Habersack / Verse

schnell und portofrei erhältlich bei [beck-shop.de](http://beck-shop.de) DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

Europäisches und Internationales Gesellschaftsrecht



Verlag C.H. Beck München 2011

Verlag C.H. Beck im Internet:

[www.beck.de](http://www.beck.de)

ISBN 978 3 406 60883 4

**beck-shop.de**  
STUDIUM UND PRAXIS

---

MATHIAS HABERSACK

DIRK A. VERSE

EUROPÄISCHES GESELLSCHAFTSRECHT

**beck-shop.de**

# beck-shop.de

## Europäisches Gesellschaftsrecht

Einführung für Studium und Praxis

von

Dr. Mathias Habersack

o. Professor an der Ludwig-Maximilians-Universität München

und

Dr. Dirk A. Verse

M.Jur. (Oxford), o. Professor an der  
Johannes-Gutenberg-Universität Mainz

4. Auflage des von Prof. Dr. Mathias Habersack begründeten und  
von der 1. bis 3. Auflage verfassten Lehrbuchs



Verlag C.H. Beck München 2011

Verlag C.H. Beck im Internet:  
**beck.de**

ISBN 978 3 406 60883 4

© 2011 Verlag C.H. Beck oHG  
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck: Nomos Verlagsgesellschaft  
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz: Fotosatz Buck  
Zweikirchener Str. 7, 84036 Kumhausen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier  
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

# beck-shop.de

## Vorwort

Seit Erscheinen der 3. Auflage vor nunmehr fünf Jahren hat sich das Europäische Gesellschaftsrecht wiederum rasant entwickelt. Weite Teile des Buches mussten deshalb erheblich umgestaltet, ja bisweilen neu geschrieben werden. Zu berücksichtigen waren zunächst die Aktionärsrechterichtlinie und die im Werden begriffene Verordnung über das Statut der Societas Privata Europaea (SPE), ferner die nicht wenigen Änderungen bestehender Richtlinien. Auch die Rechtsprechung des EuGH zur Niederlassungsfreiheit sowie zu „goldenen Aktien“ hat sich fortentwickelt; hervorgehoben sei die „Cartesio“-Entscheidung des EuGH, die einige bis dahin offene Fragen beantwortet, indes zugleich neue Fragen aufgeworfen und in der Folge eine erneut sehr lebhaft diskutierte Diskussion im Schrifttum ausgelöst hat. Reformen des nationalen Rechts, darunter insbesondere das ARUG, haben ihrerseits – vielfach unbewusst – Fragen der unionsrechtskonformen Auslegung in neuem Licht erscheinen lassen. Schließlich galt es, die kaum mehr zu überblickende Literatur zum Europäischen Gesellschaftsrecht zu sichten, zu ordnen und im Text zu verarbeiten.

Die Komplexität der Materie und die Fülle des Materials haben es nahe gelegt, die Last zu teilen und einen Mitautor aufzunehmen; die Homogenität des Werkes konnte nicht zuletzt durch die enge Abstimmung zwischen den Autoren gewahrt werden. Um den Umfang des Werkes in einem noch akzeptablen Rahmen zu halten, musste auf den Abdruck der Texte zur EWIV verzichtet werden.

Die Neuauflage befindet sich im Wesentlichen auf dem Stand von Mai 2011; einzelne neuere Entwicklungen konnten noch bis Anfang Juli 2011 berücksichtigt werden.

München/Osnabrück, im Juli 2011

*Mathias Habersack, Dirk A. Verse*

## Aus dem Vorwort zur 1. Auflage

Das Gesellschaftsrecht ist wie kaum ein anderer Bereich des Privatrechts durch europäisches Sekundärrecht beeinflusst. Neben der Verordnung über die Schaffung einer Europäischen Wirtschaftlichen Interessenvereinigung sind es im wesentlichen neun Richtlinien, die zur Europäisierung des Gesellschaftsrechts beigetragen haben. Inhaltlich betreffen diese Richtlinien nahezu sämtliche Bereiche des Gesellschaftsrechts, ferner das allgemeine Handels- und Bilanzrecht. Bei der Arbeit mit Gesetzessammlungen, Lehrbüchern und Kommentaren zum nationalen Recht bleiben die Vorgaben des europäischen Rechts freilich zumeist verborgen. Dies muß schon deshalb verwundern, weil den Richtlinien im Rahmen der Auslegung des nationalen Rechts große Bedeutung zukommt, ein Verzicht auf die Heranziehung des europäischen Sekundärrechts, der entsprechenden Materialien und der einschlägigen Entscheidungen insbesondere des EuGH deshalb gleichbedeutend mit dem Verzicht auf ein wichtiges Hilfsmittel auf der Suche nach dem „richtigen“ Recht ist.

Das vorliegende Buch will diese Lücke schließen. Es wendet sich an den Studierenden und an den Praktiker des Gesellschaftsrechts gleichermaßen. In seinem ersten Teil führt es in die EG-vertraglichen Grundlagen der Angleichung und Vereinheitlichung des Gesellschaftsrechts ein. Der zweite Teil ist den verabschiedeten Richtlinien und der unmittelbar vor der Verabschiedung stehenden Takeover-Richtlinie gewidmet. Er will den Leser mit dem wesentlichen Inhalt und der Systematik dieser Richtlinien vertraut machen und den von ihnen ausgehenden Einfluß auf das deutsche Handels- und Gesellschaftsrecht im einzelnen darlegen. Zu diesem Zweck werden auch die Umsetzungsakte des deutschen Gesetzgebers und etwaige Umsetzungsdefizite aufgezeigt. Gegenstand des dritten Teils ist im wesentlichen die Europäische Wirtschaftliche Interessenvereinigung als die bislang einzige supranationale Rechtsform; darüber hinaus wird die noch nicht eingeführte Europäische Aktiengesellschaft in ihren Grundzügen dargestellt. Das Buch will schließlich den Zugang zu den Vorschriften des Europäischen Gesellschaftsrechts erleichtern. Es gibt deshalb den Text der bislang verabschiedeten Richtlinien und der EWIV-Verordnung wieder und erfüllt somit zugleich die Aufgabe einer Textsammlung.

Regensburg, im November 1998

*Mathias Habersack*

## Inhaltsübersicht

	Seite
Vorwort .....	V
Aus dem Vorwort zur 1. Auflage .....	VI
Inhaltsübersicht .....	VII
Verzeichnis der abgedruckten Texte zum Europäischen Gesellschaftsrecht .....	XIX
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur .....	XXI
Abkürzungsverzeichnis .....	XXIII

## Einführung

§ 1 <i>Gegenstand und Anliegen des Buches</i> .....	1
§ 2 <i>Gang der Darstellung</i> .....	5

## Erster Teil. Grundlagen

§ 3 <i>Primärrechtliche Grundlagen des Europäischen Gesellschaftsrechts</i> .....	7
§ 4 <i>Stand und Perspektiven des Europäischen Gesellschaftsrechts</i> .....	61

## Zweiter Teil. Die gesellschaftsrechtlichen Richtlinien

§ 5 <i>Handelsrechtliche Publizität</i> .....	91
§ 6 <i>Das Kapital der Aktiengesellschaft</i> .....	137
§ 7 <i>Aktionärsrechte</i> .....	209
§ 8 <i>Verschmelzung und Spaltung von Gesellschaften</i> .....	236
§ 9 <i>Die Rechnungslegung der Gesellschaften</i> .....	310
§ 10 <i>Die Einpersonen-Gesellschaft</i> .....	350
§ 11 <i>Übernahmeangebote</i> .....	365



§ 12 Die Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung .....	407
§ 13 Die Europäische Gesellschaft (SE) .....	424
§ 14 Die Europäische Genossenschaft (SCE) .....	511
§ 15 Die Europäische Privatgesellschaft (SPE) .....	518
Sachverzeichnis .....	525

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
<b>Vorwort</b> .....	V
<b>Aus dem Vorwort zur 1. Auflage</b> .....	VI
<b>Inhaltsübersicht</b> .....	VII
<b>Verzeichnis der abgedruckten Texte zum Europäischen Gesellschaftsrecht</b> .....	XIX
<b>Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur</b> .....	XXI
<b>Abkürzungsverzeichnis</b> .....	XXIII

### Einführung

<b>§ 1 Gegenstand und Anliegen des Buches</b> .....	1
I. Gegenstand .....	1
II. Anliegen .....	4
<b>§ 2 Gang der Darstellung</b> .....	5

### Erster Teil. Grundlagen

<b>§ 3 Primärrechtliche Grundlagen des Europäischen Gesellschaftsrechts</b> .....	7
I. Niederlassungs- und Kapitalverkehrsfreiheit und die Rolle des Gesellschaftsrechts .....	7
1. Die Niederlassungsfreiheit .....	9
a) Ausprägungen und Inhalt der Niederlassungsfreiheit im Überblick .....	9
b) Die Niederlassungsfreiheit als Diskriminierungs- und Beschränkungsverbot .....	10
aa) Der Grundsatz .....	10
bb) Die „Keck“-Rechtsprechung des EuGH .....	12
cc) Die Grundfreiheiten und das Handeln Privater .....	14
c) Mobilität der Gesellschaften innerhalb der Union .....	16
aa) Grundlagen und Stand der EuGH-Rechtsprechung vor „Centros“ .....	16
bb) Von „Centros“ bis „Inspire Art“ und „Sevic“ .....	20
cc) „Cartesio“ .....	24
dd) Konzeptioneller Ansatz und Folgen der EuGH-Rechtsprechung .....	27
ee) Anwendbarkeit nationaler Schutzvorschriften auf EU-Auslandsgesellschaften? .....	30
ff) Perspektiven .....	35
2. Die Kapitalverkehrsfreiheit .....	35
a) Inhalt der Kapitalverkehrsfreiheit im Überblick .....	35
b) Abgrenzung zur Niederlassungsfreiheit .....	37
c) Kapitalverkehrsfreiheit und „goldene Aktien“ .....	38
3. Intensivierung der Rechtsangleichung oder Wettbewerb der Gesetzgeber? ....	41

II.	Das Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung und seine Ausprägungen auf dem Gebiet des Gesellschaftsrechts .....	43
1.	Das Prinzip .....	43
2.	Grundlagen der Harmonisierung des Gesellschaftsrechts .....	43
a)	Art. 50 Abs. 2 lit. g AEUV .....	43
b)	Art. 114, 352 AEUV .....	45
c)	Art. 292 AEUV .....	46
III.	Sekundärrechtliche Quellen des Europäischen Gesellschaftsrechts im Allgemeinen .....	46
1.	Die Richtlinie .....	47
a)	Grundlagen .....	47
b)	Maßnahmen gegen das Auseinanderdriften des angeglichenen Rechts .....	48
c)	Richtlinie und nationales Recht .....	49
aa)	Keine unmittelbare Wirkung der Richtlinie im Horizontalverhältnis ..	49
bb)	Richtlinienkonforme Auslegung des angeglichenen Rechts .....	50
cc)	Die Auslegung der Richtlinie .....	53
dd)	Die überschießende Umsetzung von Richtlinien .....	55
ee)	Vorwirkung der Richtlinie .....	57
d)	Richtlinie und strengeres nationales Recht .....	58
2.	Die Verordnung .....	59
a)	Rechtsnatur und -wirkungen .....	59
b)	Regelungsgegenstand .....	60
3.	Die Empfehlung .....	60
§ 4	Stand und Perspektiven des Europäischen Gesellschaftsrechts .....	61
I.	Angleichung des Gesellschaftsrechts .....	62
1.	Überblick .....	62
2.	Ursprüngliches Harmonisierungskonzept .....	65
3.	Gescheiterte Angleichungsvorhaben .....	68
a)	Organisationsverfassung der AG .....	68
aa)	Mitbestimmung .....	68
bb)	Leistungsstruktur der AG .....	69
cc)	Aufgabe des umfassenden Angleichungsvorhabens .....	70
b)	Konzernrecht .....	70
4.	Der Aktionsplan von 2003 und seine Folgen .....	72
a)	Kernbereichs- statt Vollharmonisierung .....	72
b)	Stand der Umsetzung des Aktionsplans .....	73
aa)	Corporate Governance .....	74
bb)	Grenzüberschreitende Mobilität (Verschmelzung) .....	76
cc)	Überarbeitung bestehender Richtlinien .....	77
5.	Perspektiven .....	78
a)	Corporate Governance .....	78
b)	Grenzüberschreitende Mobilität (Sitzverlegung) .....	81
c)	Überarbeitung bestehender Richtlinien .....	83
d)	Konzernrecht .....	85
II.	Vereinheitlichung des Gesellschaftsrechts .....	86
1.	Grundlagen .....	86
2.	Überblick und Perspektiven .....	87
III.	Ausblick: Harmonisierung durch Modellgesetze .....	89

<b>§ 5 Handelsrechtliche Publizität .....</b>	<b>91</b>
I. Die Publizitätsrichtlinie .....	91
1. Grundlagen .....	92
2. Höchst- oder Mindestregelung? .....	94
3. Umsetzung in das deutsche Recht .....	95
4. Anwendungsbereich .....	96
5. Offenlegung .....	96
a) Publizitätsmittel .....	97
b) Publizitätsgegenstände .....	98
c) Publizitätswirkungen .....	101
d) Umsetzungsdefizite des deutschen Rechts? .....	103
6. Gültigkeit der von der Gesellschaft eingegangenen Verpflichtungen .....	104
a) Handeln im Namen der werdenden juristischen Person .....	105
b) Fehlerhafte Bestellung des Organwalters .....	106
c) Grundsatz der unbeschränkten und unbeschränkaren Vertretungsmacht .....	107
d) Einzel- und Gesamtvertretungsmacht .....	111
7. Nichtigkeit der Gesellschaft .....	112
II. Die Zweigniederlassungsrichtlinie .....	114
1. Grundlagen .....	115
2. Umsetzung in das deutsche Recht .....	116
3. Höchst- oder Mindestregelung? .....	117
4. Anwendungsbereich .....	117
5. Der Begriff der Zweigniederlassung .....	118
6. Zweigniederlassungen von Gesellschaften aus anderen Mitgliedstaaten .....	119
7. Zweigniederlassungen von Gesellschaften aus Drittstaaten .....	121
8. Adressaten der Offenlegungspflicht, Sanktionen .....	121
III. Text der Richtlinien .....	122
1. Publizitätsrichtlinie .....	122
2. Zweigniederlassungsrichtlinie .....	131
 <b>§ 6 Das Kapital der Aktiengesellschaft .....</b>	 <b>137</b>
I. Grundlagen .....	139
1. Entwicklung .....	139
2. Anwendungsbereich .....	140
3. Inhalt der Richtlinie im Überblick .....	141
4. Höchst- oder Mindestregelung? .....	141
5. Umsetzung in das deutsche Recht .....	142
II. Die Vorschriften der Art. 1 bis 5 .....	143
1. Mindestangaben über die Gesellschaft .....	143
2. Haftung der Gesellschaft bei einzelstaatlichem Genehmigungsvorbehalt .....	145
3. Absinken der Zahl der Aktionäre .....	146
III. Der Grundsatz des festen Kapitals .....	146
1. Funktion .....	146
2. Rechtspolitische Diskussion und Perspektiven .....	147
3. Zerlegung in Aktien .....	150
IV. Die Aufbringung des Kapitals .....	151
1. Einlageverpflichtung des Aktionärs .....	151
a) Allgemeines .....	151
b) Fälligkeit, Mindesteinzahlungserfordernis .....	151

2. Gegenstand der Einlage .....	153
a) Bar- und Sacheinlagen .....	153
b) Nachgründung .....	155
c) Sachübernahmen und verdeckte Sacheinlagen .....	156
V. Die Erhaltung des Kapitals .....	159
1. Ausschüttungen an Aktionäre .....	159
a) Die Vorgaben der Art. 15 und 16 .....	159
b) Weitergehendes nationales Recht .....	161
c) Umsetzungsdefizite? .....	162
2. Einberufungs- und Informationspflicht bei schweren Verlusten .....	165
a) Die Vorgaben des Art. 17 .....	165
b) Richtlinienkonforme Auslegung des § 92 Abs. 1 AktG .....	166
3. Eigene Aktien .....	167
a) Grundlagen .....	167
b) Zeichnung eigener Aktien .....	168
c) Erwerb eigener Aktien .....	169
4. Finanzielle Unterstützung .....	171
VI. Kapitalmaßnahmen .....	174
1. Überblick .....	174
2. Kapitalerhöhung .....	174
a) Zuständigkeit der Hauptversammlung .....	174
b) Publizität .....	179
c) Die Aufbringung des neuen Kapitals .....	179
d) Bezugsrecht der Aktionäre .....	180
aa) Funktion und Reichweite .....	180
bb) Barkapitalerhöhung .....	181
cc) Sachkapitalerhöhung .....	183
3. Kapitalherabsetzung .....	184
VII. Gleichbehandlungsgrundsatz .....	185
1. Vorgaben der Kapital-, Transparenz- und Aktionärsrechterichtlinie .....	185
2. Umsetzung in das deutsche Recht .....	187
VIII. Text der Kapitalrichtlinie .....	188
<b>§ 7 Aktionärsrechte .....</b>	<b>209</b>
I. Grundlagen .....	210
1. Überblick .....	210
2. Anwendungsbereich .....	211
3. Mindestregelung .....	211
4. Gleichbehandlungsgrundsatz .....	211
5. Umsetzung in das deutsche Recht .....	212
II. Einberufung der Hauptversammlung .....	212
1. Frist, Form und Inhalt der Einberufung .....	212
a) Einberufungsfrist .....	212
b) Form der Einberufung .....	213
c) Inhalt der Einberufung .....	214
2. Ergänzungsanträge und Beschlussvorschläge von Aktionären .....	214
III. Teilnahme an der Hauptversammlung .....	215
1. Teilnahmevoraussetzungen .....	216
2. Fernteilnahme .....	216
a) Teilnahme auf elektronischem Wege .....	216
b) Abstimmung per Brief vor der Hauptversammlung .....	218
3. Auskunftrecht .....	218

4. Unmittelbare und mittelbare Stellvertretung .....	220
a) Materielle Voraussetzungen der Bevollmächtigung .....	220
b) Form der Bevollmächtigung .....	222
c) Mittelbare Stellvertretung .....	223
5. Abstimmungsergebnisse .....	224
IV. Text der Aktionärsrechterichtlinie .....	225
<b>§ 8 Verschmelzung und Spaltung von Gesellschaften .....</b>	<b>236</b>
I. Die Verschmelzungsrichtlinie .....	236
1. Grundlagen .....	236
2. Umsetzung in das deutsche Recht .....	238
3. Betroffene Gesellschaften .....	239
4. Innerstaatliche Verschmelzung .....	240
5. Die erfassten Verschmelzungsvorgänge und ihre Rechtsfolgen .....	240
a) Verschmelzung durch Aufnahme und Verschmelzung durch Neugründung .....	240
b) Verschmelzung im Konzern .....	241
c) Der Verschmelzung gleichgestellte Vorgänge .....	243
d) Die Rechtsfolgen der Verschmelzung .....	243
e) Das Schutzbedürfnis auf Seiten der Gläubiger und der Aktionäre .....	244
6. Der Schutz der Aktionäre .....	245
a) Vorgaben der Richtlinie .....	245
aa) Überblick .....	245
bb) Pflichten der Organwalter und Prüfer .....	245
cc) Informations- und Beteiligungsrecht der Aktionäre .....	246
dd) Haftung der Organwalter und der Berichtsprüfer .....	246
ee) Gerichtliche Kontrolle, Wirksamwerden und Offenlegung der Verschmelzung .....	247
b) Umsetzungsdefizite des deutschen Rechts? .....	248
7. Der Schutz der Gläubiger .....	249
8. Fehlerhafte Verschmelzung .....	250
II. Die Spaltungsrichtlinie .....	251
1. Grundlagen .....	251
2. Umsetzung in das deutsche Recht .....	252
3. Die erfassten Spaltungsvorgänge und ihre Rechtsfolgen .....	253
a) Spaltung und Verschmelzung .....	253
b) Spaltung zur Aufnahme und Spaltung zur Neugründung .....	253
aa) Überblick .....	253
bb) Spaltung durch Übernahme .....	254
cc) Spaltung durch Gründung neuer Gesellschaften .....	254
dd) Rechtsfolgen .....	254
(1.) Übergang des gesamten Vermögens .....	254
(2.) Aktientausch .....	256
(3.) Erlöschen der Gesellschaft .....	256
c) Abspaltung .....	257
d) Kein abschließender Charakter der 6. Richtlinie .....	257
e) Der Schutz der Aktionäre .....	258
aa) Die Vorgaben der Richtlinie .....	258
bb) Umsetzung in das deutsche Recht .....	259
f) Der Schutz der Gläubiger .....	259
aa) Die Vorgaben der Richtlinie .....	259
bb) Umsetzungsdefizite des deutschen Rechts? .....	260
g) Fehlerhafte Spaltung .....	262

III.	Die Richtlinie über die grenzüberschreitende Verschmelzung .....	262
1.	Grundlagen .....	263
2.	Umsetzung in das deutsche Recht .....	265
3.	Anwendungsbereich .....	266
a)	Persönlicher Anwendungsbereich .....	266
b)	Sachlicher Anwendungsbereich .....	267
c)	Verhältnis zu Art. 49, 54 AEUV .....	268
4.	Vorrangige Geltung des nationalen Rechts .....	269
5.	Verschmelzungsverfahren und -folgen .....	270
a)	Plan, Bericht und Prüfung .....	270
b)	Beschlussfassung .....	270
c)	Rechtmäßigkeitskontrolle .....	271
d)	Wirksamwerden, Eintragung und Rechtsfolgen .....	271
6.	Mitbestimmung .....	272
IV.	Text der Richtlinien .....	274
1.	Verschmelzungsrichtlinie .....	274
2.	Spaltungsrichtlinie .....	288
3.	Richtlinie über die grenzüberschreitende Verschmelzung .....	298
<b>§ 9</b>	<b>Die Rechnungslegung der Gesellschaften .....</b>	<b>310</b>
I.	Einführung .....	310
1.	Zweck und Konzeption des europäischen Bilanzrechts .....	310
2.	Bestand und Entwicklung des europäischen Bilanzrechts im Überblick .....	312
II.	Die Jahresabschlussrichtlinie .....	315
1.	Grundlagen .....	317
2.	Umsetzung in das deutsche Recht .....	317
a)	Die Umsetzungsgesetzgebung im Überblick .....	317
b)	Einheitliche Auslegung der §§ 238 ff. HGB? .....	320
c)	Umsetzungsdefizite des deutschen Rechts? .....	321
3.	Größenspezifische Rechnungslegung .....	322
4.	Die Bestandteile der Rechnungslegung .....	323
a)	Jahresabschluss .....	323
aa)	Bilanz .....	323
bb)	Gewinn- und Verlustrechnung .....	324
cc)	Anhang .....	325
b)	Lagebericht .....	325
5.	Die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und ihr Verhältnis zum Einblicksgebot .....	327
a)	Die einzelnen Grundsätze .....	327
b)	True and fair view als vorrangiges Ziel der Rechnungslegung .....	328
c)	Folgerungen für das deutsche Recht .....	330
6.	Prüfung und Offenlegung .....	331
III.	Die Richtlinie über den konsolidierten Abschluss .....	332
1.	Grundlagen .....	333
2.	Umsetzung in das deutsche Recht .....	334
3.	Anwendungsbereich .....	335
a)	Beherrschungsmöglichkeit .....	335
b)	Sitzunabhängige Konsolidierung .....	336
c)	Die erfassten Rechtsformen .....	336
d)	Größenspezifische Rechnungslegung .....	337
e)	Befreiende Konzernabschlüsse .....	337
4.	Konsolidierungskreis .....	337

5.	Art und Weise der Konzernrechnungslegung .....	338
a)	Bestandteile der Konzernrechnungslegung .....	338
b)	True and Fair View .....	338
c)	Grundsätze ordnungsmäßiger Konzernrechnungslegung .....	339
d)	Der Grundsatz der Vollkonsolidierung .....	339
aa)	Bedeutung .....	339
bb)	Einzelne Ausprägungen .....	339
cc)	Ausnahmen .....	340
e)	Assoziierte Unternehmen .....	341
6.	Prüfung und Offenlegung .....	342
IV.	Die IAS-Verordnung .....	342
1.	Grundlagen .....	342
2.	Anwendungsbereich .....	344
3.	Übernahme und Anwendung der IFRS .....	345
V.	Die Abschlussprüfer-Richtlinie .....	346
1.	Grundlagen .....	346
2.	Umsetzung der 8. Richtlinie in das deutsche Recht .....	347
3.	Die modernisierte Abschlussprüfer-Richtlinie .....	348
<b>§ 10</b>	<b>Die Einpersonen-Gesellschaft .....</b>	<b>350</b>
I.	Grundlagen .....	350
1.	Entwicklung .....	350
2.	Wesentlicher Inhalt und Zweck der Richtlinie .....	351
3.	Anwendungsbereich .....	352
4.	Umsetzung in das deutsche Recht .....	352
II.	Die Zulässigkeit der Einpersonen-Gesellschaft .....	353
1.	Der Tatbestand und die Gründung der Einpersonen-Gesellschaft .....	353
2.	Die Einschaltung eines Strohmanns .....	354
3.	Das Einpersonen-Unternehmen mit beschränkter Haftung .....	354
4.	Die Zugangsbeschränkungen des Art. 2 Abs. 2 .....	355
a)	Reichweite .....	355
b)	Abschließender Charakter? .....	355
III.	Die Schutzbestimmungen der Art. 3 bis 5 .....	357
1.	Publizität .....	357
2.	Beschlussfassung .....	358
3.	In-sich-Geschäfte .....	359
IV.	Text der Einpersonen-Gesellschaft-Richtlinie .....	360
<b>§ 11</b>	<b>Übernahmeangebote .....</b>	<b>365</b>
I.	Entwicklung .....	367
1.	Gescheiterte Anläufe .....	367
2.	Kompromisslösung .....	369
3.	Reformperspektiven .....	370
II.	Grundlagen .....	371
1.	Schutzzweck .....	371
2.	Mindest- und Maximalharmonisierung .....	372
3.	Anwendungsbereich .....	373
4.	Umsetzung in das deutsche Recht .....	374
III.	Der Ablauf von Übernahmeangeboten .....	374
1.	Verfahrensgrundsätze .....	374
2.	Aufsicht .....	376



IV.	Schutz der Minderheitsaktionäre durch das Pflichtangebot .....	377
1.	Konzeption und Voraussetzungen .....	377
2.	Ausgestaltung im Einzelnen .....	379
3.	Befreiung vom Pflichtangebot .....	381
4.	Sanktionen, Rechtsschutz der Aktionäre .....	382
V.	Verhinderungsverbot und Durchbrechungsregel .....	383
1.	Grundsatz .....	383
2.	Optionsrechte .....	384
3.	Umsetzung .....	385
VI.	Ausschluss von Minderheitsaktionären und Andienungsrecht .....	386
1.	Überblick .....	386
2.	Voraussetzungen und Rechtsfolgen .....	386
3.	Umsetzung .....	388
V.	Text der Übernahmerrichtlinie .....	390

## Dritter Teil. Supranationale Rechtsformen

§ 12	Die Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung .....	407
I.	Grundlagen .....	407
1.	Rechtsgrundlagen .....	407
2.	Der supranationale Charakter der EWIV .....	409
3.	Die Funktion der EWIV .....	409
II.	Gründung und Rechtsnatur der EWIV .....	410
1.	Gründung .....	410
a)	Gründungsvertrag .....	410
b)	Offenlegung .....	411
c)	Mitglieder .....	411
d)	Zweck .....	412
2.	Rechtsnatur vor und nach Eintragung .....	414
III.	Die Organisationsverfassung der EWIV .....	415
1.	Notwendige Organe .....	415
2.	Die Willensbildung der EWIV .....	415
3.	Geschäftsführung und Vertretung .....	415
IV.	Veränderungen im Mitgliederbestand der EWIV .....	416
1.	Übertragung .....	416
2.	Ausscheiden eines Mitglieds .....	417
3.	Aufnahme neuer Mitglieder .....	418
V.	Die Haftung der Mitglieder .....	418
1.	Der Grundsatz der unbeschränkten Haftung .....	418
2.	Die Ausgestaltung der Haftung .....	418
a)	Unbeschränkte Außenhaftung .....	418
b)	Akzessorietät .....	419
c)	Subsidiarität .....	419
d)	Inhalt der Haftung .....	419
3.	Die Haftung des eintretenden Mitglieds .....	420
4.	Die Haftung des ausgeschiedenen Mitglieds .....	421
5.	Die Rechtslage nach Beendigung der EWIV .....	421
VI.	Auflösung und Abwicklung der EWIV .....	422
1.	Auflösung .....	422
2.	Abwicklung .....	422
3.	Insolvenz .....	423

<b>§ 13 Die Europäische Gesellschaft (SE)</b>	424
I. Grundlagen	426
1. Entwicklung	426
2. Funktionen, Verbreitung und Perspektiven der SE	429
3. Hierarchie der Rechtsquellen	432
II. Rechtsnatur, Sitz und Kapital der SE	434
1. Rechtsnatur; Gleichbehandlung mit AG	434
2. Sitz und Sitzverlegung	435
3. Kapital	436
III. Gründung der SE	436
1. Allgemeine Zugangsbeschränkungen	436
2. Die einzelnen Gründungsformen	438
a) Verschmelzung	438
b) Holding-Gründung	438
c) Tochter-SE	439
d) Formwechsel	440
e) Sekundärgründung	440
3. Das Verfahren der Gründung; Publizität	441
IV. Die Organisationsverfassung der SE	441
1. Überblick	441
2. Leitung und Überwachung	442
a) Allgemeine Vorschriften	442
b) Dualistisches System	443
c) Monistisches System	444
d) Mitbestimmung der Arbeitnehmer	446
aa) Überblick	446
bb) Vereinbarte Mitbestimmung	447
cc) Auffangregelung	449
3. Hauptversammlung	452
V. Konzernrecht	453
VI. Texte zur SE	454
1. SE-Verordnung	454
2. SE-Ergänzungsrichtlinie	480
3. SE-Ausführungsgesetz	492
4. §§ 34 ff. SEBG	508
 <b>§ 14 Die Europäische Genossenschaft (SCE)</b>	 511
I. Grundlagen	511
1. Entwicklung	511
2. Zweck der SCE	512
3. Rechtsquellen	512
II. Rechtsnatur, Kapital und Sitz der SCE	513
1. Rechtsnatur und Kapital	513
2. Sitz und Sitzverlegung	514
III. Gründung der SCE	514
1. Mehrstaatlichkeitserfordernis	514
2. Die einzelnen Gründungsformen	515
3. Verfahren der Gründung; Publizität	515
IV. Die Organisationsverfassung der SCE	516
1. Überblick	516
2. Leitung und Überwachung	516
a) Gemeinsame Vorschriften für das monistische und das dualistische System	516

b) Beteiligung der Arbeitnehmer .....	516
c) Monistisches und dualistisches System .....	517
d) Die Generalversammlung .....	517
<b>§ 15 Die Europäische Privatgesellschaft (SPE) .....</b>	<b>518</b>
I. Grundlagen .....	518
1. Stand und Perspektiven .....	518
2. Rechtsquellen .....	519
II. Rechtsnatur, Kapital und Sitz der SPE .....	520
1. Rechtsnatur .....	520
2. Kapital .....	520
3. Sitz und Sitzverlegung .....	521
III. Gründung der SPE .....	522
1. Gründungsformen und –verfahren .....	522
2. Mehrstaatlichkeitserfordernis? .....	523
IV. Mitbestimmung der Arbeitnehmer .....	523
<b>Sachverzeichnis .....</b>	<b>525</b>